

Pressemitteilung

6. Mai 2021

Mobile Impfangebote für benachteiligte Gruppen sind nötig

Appell an die Kommunen und Warnung vor rassistischen Debatten

Benachteiligte Bevölkerungsgruppen müssen auch in Hessen bei der Corona-Impfkampagne stärker in den Blick genommen werden. Dafür sollten möglichst schnell in marginalisierten Stadtvierteln mobile Impfangebote geschaffen werden, so wie dies die Stadt Köln im Stadtteil Chorweiler bereits mit großem Erfolg vormacht. Der Paritätische Hessen appelliert an die Städte und Landkreise in Hessen, diesem Beispiel zu folgen.

In der Priorisierungsgruppe 3 sind „Personen, bei denen aufgrund ihrer Arbeits- oder Lebensumstände ein deutlich erhöhtes Risiko einer Infektion mit dem Coronavirus besteht“ genannt. Somit könnten entsprechende Aktionen umgehend starten, spätestens jedoch, wenn die Priorisierung aufgehoben wird, was für Juni geplant ist.

„Wo viele Menschen auf engem Raum zusammenleben, ist es kaum möglich die Abstandsregeln einzuhalten“, begründet Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen: „Aerosolforscher weisen aktuell etwa auf ein hohes Ansteckungsrisiko in Aufzügen hin. Auch wenn diese nur allein genutzt werden, denn Viren können dort stundenlang in der Luft schweben. Hochhausbewohner haben daher ein höheres Risiko als Menschen, die in Eigenheimen oder kleinen Wohneinheiten leben.“

Zudem arbeiten Geringverdienende häufiger in Berufen, in denen kein Homeoffice möglich ist und in denen sie viel Kontakt zu anderen Menschen haben, oft in systemrelevanten Branchen wie Pflege, Logistik oder Lebensmittelhandel.

Hohes Risiko durch prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen

„Um den Impfstoff fair zu verteilen und besonders vulnerable Gruppe zu schützen sind aufsuchende Impf-Angebote dringend nötig“, betont Annette Wippermann, Referentin für Grundsatzfragen. „Denn die bürokratischen Hürden, um sich eigeninitiativ einen Termin im Impfzentrum oder beim Hausarzt zu sichern sind für viele zu hoch.“ Was ich schon bei der Impfung der Hochbetagten gezeigt hat, gilt auch für andere Bevölkerungsgruppen: Viele Menschen sind mit einer Anmeldung über Online-Plattform oder

Hotline überfordert. Manche auch schon damit, die Arztpraxis anzumailen oder anzurufen. Die Ursachen dafür sind vielfältig, unter anderem können mangelnder Zugang zu Informationen, fehlende technische Ausstattung, Sprachbarrieren, Suchtprobleme oder psychische Erkrankungen verhindern, dass sich Menschen proaktiv um einen Impftermin kümmern.

Großen Nachholbedarf sieht der Paritätische Hessen auch bei der mehrsprachigen Information über Infektionsschutz und Impfungen. „Hier muss das Land Hessen deutlich nachbessern und eine Impfkampagne starten, die auch Menschen mit Sprachbarrieren erreicht, das ist längst überfällig“, fordert Lea Rosenberg, Referentin für Migration, Flucht und Asyl: „Um Ängsten und Vorbehalten zu begegnen und die Impfbereitschaft beispielsweise in Gemeinschaftsunterkünften zu erhöhen, sind mehrsprachige Erklär-Videos, Informationsplakate und vor allem auch aufsuchende Aufklärungsarbeit durch Ärzt*innen mit Übersetzung in die Muttersprachen nötig. Mehrsprachige pdf-Dateien auf Webseiten des Landes reichen bei weitem nicht.“ Der Paritätische Hessen begrüßt, dass manche Kommunen bereits mobile Impfteams in Gemeinschaftsunterkünfte schickt, bemängelt aber, dass dies noch nicht flächendeckend geschieht.

Solidarität statt Spaltung

Für wenig zielführend hält der Paritätischen Hessen die Debatte über den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund unter den Covid 19-Patienten, die oft verbunden ist mit der Aussage, diese hielten sich zu wenig an die Infektionsschutzaufgaben. Erstens wird der Migrationshintergrund von Infizierten weder von Gesundheitsämtern noch von Kliniken statistisch valide erhoben. Aufgrund von Namen oder Aussehen auf eine Einwanderungsgeschichte zu schließen, ist nicht wissenschaftlich und tendenziell rassistisch. Zweitens leben und arbeiten Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft in prekären Verhältnissen. Und drittens sind die Querdenker-Bewegung und die AfD, die in Deutschland am stärksten gegen die Auflagen mobilisieren und diese auch demonstrativ brechen, augenscheinlich herkunftsdeutsch geprägt und dominiert. „Corona-Leugner*innen und Menschen, die sich aus Unwissenheit nicht an die Regeln halten, gibt es der gesamten Bevölkerung“, so Dr. Yasmin Alinaghi: „Rassistische Schuldzuweisungen sind kontraproduktiv. Wir müssen die Pandemie solidarisch bekämpfen.“

Ansprechpartnerin beim PARITÄTISCHEN Hessen:

Barbara Helfrich

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 069/95 52 62-243

E-Mail: barbara.helfrich@paritaet-hessen.org

Der PARITÄTISCHE Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der PARITÄTISCHE Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER
Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0
Fax: 069 551292

E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org